

01 - Büro des Oberbürgermeisters  
Frau Doll

Datum:  
15.02.2018

## **Antrag**

Beschließendes Gremium:  
**Rat der Hansestadt Lüneburg**

**Antrag "Lüneburger Erklärung" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2018, eingegangen am 14.02.2018 um 09:11 Uhr)**

### **Beratungsfolge:**

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	13.03.2018	Verwaltungsausschuss
Ö	15.03.2018	Rat der Hansestadt Lüneburg

### **Sachverhalt:**

s. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2018, eingegangen am 14.02.2018 um 09:11 Uhr

### **Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Der Antrag wird abgelehnt.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

#### **Kosten (in €)**

- a) für die Erarbeitung der Vorlage: 16,00 €  
    aa) Vorbereitende Kosten, z.B. Ausschreibungen, Ortstermine, etc.
- b) für die Umsetzung der Maßnahmen:
- c) an Folgekosten:
- d) Haushaltsrechtlich gesichert:
- Ja
  - Nein
- Teilhaushalt / Kostenstelle:  
Produkt / Kostenträger:  
Haushaltsjahr:

e) mögliche Einnahmen:

**Anlage/n:**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2018, eingegangen am 14.02.2018 um 09:11 Uhr

**Beratungsergebnis:**

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Fachbereich 4 - Kultur

Fachstelle 401 - Kultur

---

Eingegangen am 14.02.18  
09:11 u.s.

1) E ~~15/2~~  
2) ORK/4  
2. u. B.



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Neue Sülze 4 21335 Lüneburg

Hansestadt Lüneburg  
Herrn Oberbürgermeister Mädge

Rathaus Lüneburg

Stadtratsfraktion Lüneburg

Ulrich Blanck  
Fraktionsvorsitzender

Dahlenburger Landstr. 179a  
21337 Lüneburg

Tel.: 04131 - 221580  
ulrich.blanck@rathaus-aktuell.de

14. Februar 2018

### Antrag zur Sitzung des Rates am 15. März 2018

#### Lüneburger Erklärung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mädge,

hiermit stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Ratssitzung am 15. März 2018 folgenden Antrag:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, der Rat möge folgende Erklärung beschließen:

#### Lüneburger Erklärung

Lüneburg bekennt sich erneut zur von den vorangegangenen Generationen übernommenen Verantwortung für seinen guten Ruf als einer immer moderneren, durch die Vielfalt seiner Bürgerinnen und Bürger geprägten Hansestadt, die sich bereits seit Jahrhunderten durch europäische Vernetzung und Offenheit gegenüber der Welt entwickelt und auszeichnet.

Die für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger verantwortlichen Vertreter im Rat stellen zusammen mit dem Oberbürgermeister fest, dass es für die Zukunft der Hansestadt erst recht in unserer Zeit keine bessere Gestaltungsalternative zu einer stetig modernisierten Offenheit gegenüber Europa und der Welt gibt. Entsprechend ist sich Lüneburg auch aus leidvollen Phasen seiner eigenen Geschichte bewusst, dass nationalistische Verengung, rassistische Irrwege, Extremismus jeder Schattierung und Ausrichtung sowie Abschottung gegenüber Menschen anderer Herkunft und deren Diskriminierung eine produktive und friedliche Entwicklung in allen Bereichen stören und so die Zukunftschancen der Stadt beschädigen. Daher lehnt Lüneburg im stolzen Bewusstsein seiner jahrhundertealten Stadtgeschichte derartige extremistische Manifestationen als schändliche und primitive Störungen und Gefährdungen eines friedlichen, vielfältigen und zukunftssichernden Zusammenlebens in der Hansestadt ab.

Dies gilt insbesondere, Jahrzehnte nach der totalitären Katastrophe von 1933 bis 1945, für schändliche Versuche von rechtsextremer Seite, die beispiellos verlustreiche gewaltpolitische Vergangenheit Deutschlands und deren Folgen mit grellen Scheinwerfern des Lügens und der medialen Manipulation „positiv“ zu beleuchten, die bis heute uns berührenden schrecklichen Folgen effekthaschend zu verdrehen, ja für diesen Zweck u.a. den Holocaust zu verhöhnern, zu relativieren oder zu verneinen.

Wir wollen als heute verantwortliche Vertreter der Stadt sicherstellen, dass auch die nächsten Generationen durch eine angemessene, den inzwischen vorliegenden Kenntnissen entsprechende Erinnerungskultur nachvollziehbar verstehen, wie es auch in Lüneburg im zunehmend totalitären Gleichschritt mit dem übrigen damaligen Deutschland zunächst zu einem totalen Verlust der inneren Freiheit in unserer Hansestadt kam.

Wir wissen und verstehen heute zweifelsfrei, dass und warum es anschließend keine innerstaatlichen und gesellschaftlich ausreichenden Bremsen mehr gegen die Vorbereitung und anschließende brutale Durchführung eines deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges nach außen gab, der dann über fast sechs Jahre in immer mehr Ländern unseres Kontinents Frieden und Freiheit zerstörte und Menschen millionenfach vernichtete. Wir sind uns bewusst, dass ein Teil der von Deutschland für diese Verbrechen eingesetzten militärischen Verbände auch in Lüneburg aufgestellt wurde.

Für den Ruf von Lüneburg ist es vor diesem Hintergrund wichtig, dass sich die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger der historischen Verantwortung für eine angemessene Erinnerungskultur in übergreifender Gemeinsamkeit stellen. Die Einberufung eines „Forums Lüneburger Erinnerungskultur“ dient diesem Ziel.

Niemand der heute für die Stadt Verantwortlichen ist verantwortlich für die damalige staatliche Verbrechenspolitik. Aber wir sind heute verantwortlich für den klaren Umgang mit dieser deutschen Vergangenheit und ihren bis heute spürbaren Folgen.

Damals verlor auch Lüneburg nach innen seine Freiheit und wurde so ebenfalls zum Instrument einer deutschen Gewaltpolitik nach innen und außen. Im Maße einer unangemessenen, unzureichenden Erinnerung hieran würde die damalige Unfreiheit noch heute nachwirken. Ihre kritische Offenlegung hingegen stärkt unsere heutige Freiheit, wie die jüngere deutsche Geschichte vielfach gezeigt hat, auch in unserer traditionsreichen Hansestadt. Lüneburg, vertreten durch den Rat und den Oberbürgermeister, ächtet daher im Namen seiner Bürgerinnen und Bürger mit dieser „Lüneburger Erklärung“ jeden extremistischen Versuch, durch Manipulationen, Lügen, Verleumdungen und Drohungen unsere Stadt und deren Freiheit böseartig zu beschädigen und ihren guten Ruf nach außen zu beschmutzen. Derartige verantwortungslose Kräfte, die sich derzeit unter anderem in den modernen Medien missbräuchlich verbreiten, müssen wissen, dass die Stadt Lüneburg diese Ächtung mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent durchsetzen und jede extremistische Verhöhnung und Bedrohung mit allen zulässigen eigenen Ordnungsmitteln abwehren wird.

**Begründung:**

Die Begründung erfolgt mündlich

Für die Fraktion



O 7 R  
2. u. B.  
MT 24/3.

**DIE LINKE.**

FRAKTION  
im Rat der Hansestadt Lüneburg

David Amri

Altenbrückertorstr. 2  
21335 Lüneburg

Tel: 04131 – 28 43 346

stadtrat@dielinke-lueneburg.de  
www.dielinke-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister  
Den Rat der Hansestadt Lüneburg  
Ochsenmarkt  
21335 Lüneburg

14.03.2018

### Änderungsantrag zum TOP Ö 10.2. der Ratssitzung am 15.3.18 „Lüneburger Erklärung“

Der Text der Lüneburger Erklärung wird wie folgt geändert:

Lüneburg bekennt sich erneut zur von den vorangegangenen Generationen übernommenen zu seiner Verantwortung für seinen guten Ruf als einer immer moderneren, durch die Vielfalt seiner Bürgerinnen und Bürger geprägten Hansestadt, die sich bereits seit Jahrhunderten durch europäische Vernetzung und Offenheit gegenüber der Welt entwickelt und auszeichnet.

Die für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger verantwortlichen Vertreter innen und Vertreter im Rat stellen zusammen mit dem Oberbürgermeister fest, dass es für die Zukunft der Hansestadt erst recht in unserer Zeit keine bessere Gestaltungsalternative zu einer stetig modernisierten Offenheit gegenüber Europa und der Welt gibt.

Entsprechend ist sich Lüneburg auch aus leidvollen Phasen seiner eigenen Geschichte bewusst, dass nationalistische Verengung, rassistische Irrwege, ~~Extremismus jeder Schattierung und Ausrichtung~~ sowie Abschottung gegenüber Menschen anderer Herkunft und deren Diskriminierung eine produktive und friedliche Entwicklung in allen Bereichen stören und so die Zukunftschancen der Stadt beschädigen.

Daher lehnt Lüneburg ~~im stolzen Bewusstsein seiner jahrhundertealten Stadtgeschichte~~ derartige extremistische jegliche diskriminierende Manifestationen als schändliche und primitive Störungen und Gefährdungen eines friedlichen, vielfältigen und zukunftssichernden Zusammenlebens in der Hansestadt ab.

Dies gilt insbesondere, Jahrzehnte nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ~~der totalitären Katastrophe von 1933 bis 1945~~, für schändliche Versuche von ~~rechtsextremem~~ rechter Seite, die beispiellos verlustreiche verbrecherische gewaltpolitische Vergangenheit Deutschlands und deren Folgen mit grellen Scheinwerfern des Lügens und der medialen Manipulation „positiv“ zu beleuchten, die bis heute uns berührenden schrecklichen Folgen effekthaschend zu verdrehen, ja für diesen Zweck u.a. den Holocaust zu verhöhnern, zu relativieren oder zu verneinen.

~~Wir wollen als heute verantwortliche Vertreterinnen und Vertreter der Stadt sicherstellen, dass auch die nächsten Generationen durch eine angemessene, den inzwischen vorliegenden Kenntnissen entsprechende Erinnerungskultur nachvollziehbar verstehen, wie es auch in Lüneburg im zunehmend totalitären Gleichschritt mit dem übrigen damaligen Deutschland zunächst zu einem totalen Verlust der inneren Freiheit in unserer Hansestadt kam.~~

Wir wissen und verstehen heute zweifelsfrei, dass und warum es anschließend keine innerstaatlichen und gesellschaftlich ausreichenden Bremsen mehr gegen die Vorbereitung und anschließende brutale Durchführung eines deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieges nach außen gab, der dann über fast sechs Jahre in immer mehr Ländern unseres Kontinents Frieden und Freiheit zerstörte und Menschen millionenfach vernichtete. Wir sind uns bewusst, dass ein Teil der von Deutschland für diese Verbrechen eingesetzten militärischen Verbände auch in Lüneburg aufgestellt wurde.

Für den Ruf von Lüneburg ist es vor diesem Hintergrund wichtig, dass sich die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger der historischen Verantwortung für eine angemessene Erinnerungskultur in übergreifender Gemeinsamkeit stellen. Die Einberufung eines „Forums Lüneburger Erinnerungskultur“ dient diesem Ziel.

Niemand der heute für die Stadt Verantwortlichen ist verantwortlich für die damalige staatliche Verbrechenspolitik. Aber wir sind heute verantwortlich für den klaren Umgang mit dieser deutschen Vergangenheit und ihren bis heute spürbaren Folgen.

~~Damals verlor auch Lüneburg nach innen seine Freiheit und wurde so ebenfalls zum Instrument einer deutschen Gewaltpolitik nach innen und außen. Im Maße einer unangemessenen, unzureichenden Erinnerung hieran würde die damalige Unfreiheit noch heute nachwirken. Ihre kritische Offenlegung hingegen stärkt unsere heutige Freiheit, wie die jüngere deutsche Geschichte vielfach gezeigt hat, auch in unserer traditionsreichen Hansestadt.~~

Lüneburg, vertreten durch den Rat und den Oberbürgermeister, ächtet daher im Namen seiner Bürgerinnen und Bürger mit dieser „Lüneburger Erklärung“ jeden ~~extremistischen~~ Versuch, durch Manipulationen, Lügen, Verleumdungen und Drohungen unsere Stadt und deren Freiheit bössartig zu beschädigen und ihren guten Ruf nach außen zu beschmutzen. Derartige verantwortungslose Kräfte, die sich derzeit unter anderem in den modernen Medien missbräuchlich verbreiten, müssen wissen, dass die Stadt Lüneburg diese Ächtung mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent durchsetzen und jede ~~extremistische~~ herabwürdigende Verhöhnung und Bedrohung mit allen zulässigen eigenen Ordnungsmitteln abwehren wird.

## Begründung

Erfolgt mündlich.

Gezeichnet,



---

David Amri  
Fraktion DIE LINKE.  
Rat der Hansestadt Lüneburg